

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 921.196/10-II/A/1/b/93

Präsidium des  
Nationalrates1010 W i e n

GESETZENTWURF	
Zl. 33	-GE/19 93
Datum: 1 9. MAI 1993	
Vorlegt 19. Mai 1993 <i>Men</i>	

Sachbearbeiter  
FröhlichKlappe/Dw  
2543Ihre GZ/vom  
*J. Lamminger*

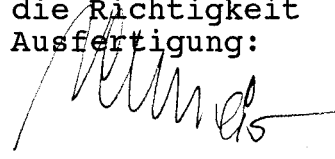
**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung des universitären Zentrums für postgraduale Aus- und Weiterbildung mit der Bezeichnung "Donau-Universität Krems";  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

In der Anlage übermittelt das BKA - Sektion II 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum mit Note des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 26. März 1993, GZ 62.964/1-I/B/5B/93 versandten Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung des universitären Zentrums für postgraduale Aus- und Weiterbildung mit der Bezeichnung "Donau-Universität Krems".

Beilagen

17. Mai 1993  
Für den Bundeskanzler:  
SCHÄFFER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



IIA-287



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 921.196/10-II/A/1/b/93

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

Sachbearbeiter  
Fröhlich

Klappe/Dw  
2543

Ihre GZ/vom  
62.964/1-I/B/5B/93  
26. März 1993

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung des universitären Zentrums für postgraduale Aus- und Weiterbildung mit der Bezeichnung "Donau-Universität Krems";  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Zum gegenständlichen Gesetzesentwurf nimmt das Bundeskanzleramt  
- Sektion II Stellung wie folgt:

Aus der Sicht des Dienst- und Besoldungsrechtes besteht kein  
Anlaß zu Bemerkungen.

Aus der Sicht der Planstellenbewirtschaftung besteht nur insoweit  
kein Einwand, als gewährleistet ist, daß Verwendungen nach § 23  
Abs. 3 keine personellen Auswirkungen bei der betroffenen  
Universität bzw. Hochschule hervorrufen. Weiters muß im § 24 und  
in der Vereinbarung eindeutig ausgeschlossen werden, daß die  
Finanzierung des Personalaufwandes über "lebende Subventionen"  
oder die Aufnahme von Bundesbediensteten direkt erfolgt.

17. Mai 1993  
Für den Bundeskanzler:  
SCHÄFFER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
IIA-287

